

# Breslauer Zeitung.

Mittagblatt.

Dinstag den 10. Juni 1856.

Nr. 266.

## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 9. Juni. Die Großherzogin Stephanie ist zur Tauf-Feier hier eingetroffen.

Paris, 9. Juni. Nachmittag 3 Uhr. Börsenschluß belebt, aber sehr matt. Wertpapiere ebenfalls matt. — Schlüß-Course:

3pct. Rente 71, 90. 4 1/2 pct. Rente 93, —. Credit-Mobilier-Aktien

1850. 3pct. Spanier —. 1pct. Spanier —. Silberanleihe —. Österreich.

Staats-Eisenbahn-Aktien 902. Lombard. Eisen-Aktien 645.

Paris, 9. Juni. Abends. Nach Börsenschluß wurden gehandelt: die

3pct. Rente zu 71, 50 bei großer Agitation. Credit-Mobilier zu 1830, öster-

reich. Eisen-Aktien zu 900.

London, 9. Juni. Nachmittags 3 Uhr. Der Cours der 3pct. Rente aus Paris von Mittags 1 Uhr war 72, 45 gemeldet. — Schlüß-Course:

Confolz 94%. 1pct. Spanier 25 1/2%. Mexikaner 22 1/2%. Gardiner 91 1/2%.

Russen 107. 4 1/2 pct. Russen 97.

Das fällige Dampfschiff aus Newyork ist eingetroffen.

Wien, 9. Juni. Nachmittags 12 1/2 Uhr. Börse ruhig, aber abwartend.

Silber-Anleihe 89. 5pct. Metalliques 83 1/4. 4 1/2 pct. Metalliques 73 1/2.

Bantaffel 1124. Bank-Int.-Scheine 369. Nordbahn 299 1/2. 1854er Losse

107 1/2. National-Anleihe 84%. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 251.

Credit-Aktien 380%. Lond. 10, 02. Hamburg. 75. Paris 119. Gold 5 1/2%

Silber 3 1/2%. Eisenbahn 111. Lombard. Eisenbahn 127. Theissbahn

106. Centralbahn 106.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Nachmittags 2 Uhr. Industrielle Fonds

merklich höher, sonst keine wesentliche Veränderung. — Schlüß-Course:

Wiener Wechsel 117%. 5pct. Metalliques 81 1/2. 4 1/2 pct. Metalliques

72%. 1854er Losse 105%. Österreich. Nat-Anleihe 82%. Österreich.

Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 297. Österreich. Bank-Antheile 1313.

Österreichische Credit-Aktien 240%. Österreich. Elisabethbahn —.

Hamburg, 9. Juni. Nachmittags 2 1/2 Uhr. Geschäft nicht von Be-

lang. — Schlüß-Course:

Österreich. Losse 107 Br. Österreich. Credit-Akt. 199 Br. Österreich.

Eisenbahn-Aktien —. Wien —.

Hamburg, 9. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco wesentlich höher

gehalten, ab auswärts fest; 120pf. ab Dänemark frei am Bord 115 bezahlt.

Roggen sehr fest, ab Petersburg pro Juni 83 bezahlt und zu machen. Öl

fest, pro Juni 28, pro Herbst 28%. Kaffee unverändert fest; 4% 1/2, 4%.

Bind. 1000 Gr. loco Juli 15%.

Liverpool, 9. Juni. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz. Preise ge-

gen vergangenen Sonnabend unverändert.

## Telegraphische Nachricht.

Kopenhagen, 3. Juni. Die heutige „Departements-Zeitung“ enthält die amtliche Ernennung des Stiftsamtmanns Unsgaard zum Minister des Innern für das Königreich. (S. C.)

## Preußen.

Berlin, 9. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat allen allergnädigst geruht, dem Direktor der Porzellan-Manufaktur, Geh. Regierungs-Rath Kolbe zu Berlin die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der Eichenkrone; so wie dem Vorsitzenden der Kommission für den Bau der kreuz-fürstlichen Eisenbahn, Regierungs- und Baurath Stein zu Frankfurt a. O., zur Anlegung des von des Königs von Schweden und Norwegen Majestät ihm verliehenen Ritter-Kreuzes des St. Olafs-Ordens zu ertheilen. — Der bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten bisher diätarisch beschäftigte Kalkulatur-Assistent Johann Wilhelm Patrille ist zum Geh. expedirenden Sekretär und Kalkulator ernannt worden. Die Berufung des Oberlehrers an der höhern Bürgerschule zu Graudenz, Dr. Ludwig Böttcher, zum ordentlichen Lehrer an der Löbenichtschen höhern Bürgerschule zu Königsberg i. Pr. ist genehmigt worden.

Berlin, 9. Juni. Daß die Reise Ihrer Majestät der Kaiserin schon am 13. nach Wildbad stattfinden werde, ist bis diesen Augenblick noch nicht unwiderstehlich entschieden. Die Aerzte, welche über den Gesundheitszustand Ihrer Majestät consultirt haben, sind über die Wahl dieses dem Vernehmen nach von Hause aus vom Staatsrath Dr. Mandt in Vorschlag gebrachten Bades einig, sie halten jedoch mit gleicher Übereinstimmung die jetzt herrschende Witterung noch nicht für geeignet, um die Reise schon jetzt geschehen zu lassen. Es wird deshalb erst abgewartet werden, daß die Witterung sich entschieden günstiger und sicherer gestalte. (O. B.)

Der Ministerpräsident Freiherr von Manteuffel ist aus der Niederlausitz hier wieder eingetroffen. — Der Minister des Innern von Westphalen trifft heute aus der Provinz Sachsen hier wieder ein. — Der Finanzminister von Bodelschwingh ist diesen Morgen nach dem frankfurter Regierungsbezirk gereist, und gedenkt heute Mittag in Woldenberg einzutreffen. — Der kaiserl. russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürst Gortschakoff hat, wie verschiedenen Zeitungen von hier gemeldet wird, den schwarzen Adlerorden erhalten. — Der Geh. Ober-Regierungsrath Brüggemann, vortragender Rath im Unterrichtsministerium wird sich am Ende dieser Woche nach der Provinz Westfalen begeben, um die dortigen höhern katholischen Lehranstalten zu besichtigen. — Ihre Durchlaucht der Fürst und die Fürstin Kinski sind von Wien, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am dänischen Hofe Kammerherr Graf von Oriolla von Kopenhagen, der groß. mecklenburg-strelitzsche Staatsminister von Bernstorff von Neu-Strelitz, der kaiserlich russ. Wirkliche Staatsrat von Rennenkampf, der kaiserl. russ. Geh. Rath Laube, der kaiserlich russische Geh. Rath und Senator Fischer, der kaiserlich russische Wirkliche Staatsrath Spörner und der Wirkliche Staatsrath Monostroski sämlich von St. Petersburg, der königlich schwedische Generaldirektor und Präsident des Medizinalkollegiums von Eckström von Stockholm, der Erbschenk in Alt-Borpommern, Kammerherr von Heyden-Linden, von Lüppow hier angekommen.

Der bisherige zweite Gesandtschaftsrath bei der kaiserlich russischen Gesandtschaft in Wien, Paul v. Dubril, ist zur kaiserlichen Gesandtschaft in Berlin versetzt worden, um hier die durch Versetzung des Barons Nikolay erledigte Stelle eines Gesandtschaftsraths einzunehmen. — In Stelle des Majors Grafen zu Stolberg-Wernigerode, welcher, wie wir bereits mitgetheilt, zum Kommandeur des 4. Husaren-



Dinstag den 10. Juni 1856.

Nr. 266.

Regiments allerhöchsten Orts ernannt worden, ist der Major v. Hartmann vom 3. Ulanen-Regiment (Kaiser von Russland) ins Garde-Kürassier-Regiment versetzt worden. Von anderweitigen Beförderungen und Verleihungen in der Kavallerie werden die nachstehenden genannt: Rittmeister v. Endevoort vom Garde-Kürassier-Regiment unter Beförderung zum Major ins 7. Kürassier-Regiment versetzt, Rittmeister Graf v. Schlippenbach vom 2. Garde-Ulanen-Regiment unter Beförderung zum Major ins 3. Ulanen-Regiment (Kaiser von Russland) und Major v. d. Osten vom 4. Ulanen-Regiment ins 2. Garde-Ulanen-Regiment; ferner Frhr. v. Borcke, Major im Garde-Husaren-Regiment, ins 1. Husaren-Regiment, und Baron v. d. Goltz, Major im 1. Husaren-Regiment, ins Garde-Husaren-Regiment versetzt. Major v. Ehrenstein vom 2ten Garde-Ulanen-Regiment ist mit Pension zur Disposition gestellt worden.

Der Rittmeister v. Wigleben vom Garde-Husaren-Regiment und persönlicher Adjutant Sr. königl. Hoheit des Prinzen Karl von Preußen ist zum Major und Eskadrons-Chef im 3. Ulanen-Regiment (Kaiser von Russland) ernannt, der Hauptmann v. Puttkammer vom 2ten Artillerie-Regiment und kommandirt bei Sr. königl. Hoheit dem Chef der Artillerie, ist zum persönlichen Adjutanten des Prinzen Karl von Preußen königl. Hoheit ernannt; der Hauptmann v. Heinz, persönlicher Adjutant des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen königl. Hoheit, und der Hauptmann v. Kraewel vom Garde-Artillerie-Regiment und persönlicher Adjutant des Prinzen Adalbert von Preußen königl. Hoheit, sind zu Majors befördert worden. (N. Pr. 3.)

Potsdam, 7. Juni. Se. Majestät der König empfing gestern Vormittag die gewöhnlichen Vorträge und ertheilten dem preußischen Gesandten Grafen v. Hoffeld eine Audienz. Zum Diner waren die hohen fremden Herrschaften theils bei Ihrer Majestät der Kaiserin, theils bei Ihren königlichen Majestäten versammelt. Um 10 Uhr Abends begaben Sich Ihre Majestäten der König und die Königin nach Charlottenburg, um dasselb zu nächtigen.

8. Juni. Heute Vormittag ward in den neuen Kammern von Sanssouci in Gegenwart Ihrer Majestät der Kaiserin und Sr. Kaiserl. Hoheit des Großfürsten Michael nebst hohem Gefolge und Umgebung ein Gottesdienst abgehalten. Ihre Majestäten der König und die Königin, die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, die Prinzessin Friedrich der Niederlande königliche Hoheiten wohnten dem Gottesdienste in der Friedenskirche bei. Mittags war wiederum Familientreff auf Sanssouci. (St.-Anz.)

Deutschland.

Braunschweig, 7. Juni. [Landtag.] Der einberufene außerordentliche Landtag wurde vorgestern durch das Ministerium auf Sitzungsbeschl. des Herzogs für eröffnet erklärt. Unter dem Vorsitz des Alters-Präsidenten Professor Krüger wurde hierauf zur Wahl dreier Kandidaten für das Präsidium geschritten. Die Wahl fiel auf die Herren v. Schmidt-Philadelph, v. Weltheim und Gaspari. (D. R.)

Hannover, 8. Juni. [Sir Julius.] Am gestrigen Tage ist hier einer der ältesten Veteranen unserer Armee, der General Julius von Hartmann, im 83. Jahre plötzlich verstorben. Er hatte in des Königs deutscher Legion mit großer Auszeichnung in Spanien gedient und auch bei Waterloo mitgesessen. Mit dem eisernen Herzoge war er sehr befreundet, und seine eigene eiserne Natur hatte auch ihm bis in sein hohes Alter noch einen rüstigen Körper und Frische des Geistes bewahrt. Lange Jahre war er Kommandeur der hannoverschen Artillerie, bis er vor einigen Jahren zur Disposition gestellt wurde. Des Königs Majestät hatte noch kürzlich an Allerhöchstem Geburtstage ihn als einen seiner verdienstvollsten Generale in den Adelstand erhoben. Der älteste Sohn des Verstorbenen ist Major im königl. preußischen 3. Ulanen-Regiment Kaiser von Russland.)

[Steuer-Bewilligung.] Die zweite Kammer bewilligte gestern, dem Antrage des Finanz-Ausschusses entsprechend, die sämtlichen direkten Steuern, einschließlich der Stempelsteuer, der Steuerfiscus und der unbestimmten Einnahmen, nach Maßgabe der Veranschlagung der königl. Regierung. Der Ertrag dieser Steuern ist angenommen für 1856—57 zu 2,753,000 Thlr., für 1857—58 zu 2,757,000 Thlr.

Frankreich.

Paris, 7. Juni. Nach dem „Moniteur“ besuchte der Kaiser gestern Nachmittags gleich nach seiner Ankunft zu Blois die überwemmten Stadttheile, die Quais, die Vorstadt von Vienne und die Dämme, worauf er mit Extrastaff nach Tours abreiste. Zu Orleans übergab der Kaiser den Behörden 120,000 Fr. zur einstweiligen Einlagerung der ärgsten Noth. — Außer dem vom gezeigten Körper votirten Kredit von 2 Millionen hat der Kaiser dem Departement Bauduc 200,000 Fr., dem Departement Bouches-du-Rhone 200,000 Fr. und den Departements Drome und Ardèche jedem 100,000 Fr. bewilligt. Die Eisenbahn-Gesellschaften haben sich über gemeinschaftliche Unterzeichnung von angeblich 200,000 Fr. für die Überschwemmungen verständigt. Dahier sind auf der Polizei-Prefektur in den ersten zwei Tagen 488,678 Fr. gezeichnet worden; die Listen des „Constitutionnel“ und „Sécile“ ergeben über 100,000 Fr.

Die Berichte aus Blois, Tours und Amboise lauten besser. Im Süden haben die Überschwemmungen zum großen Theile aufgehört. Jetzt erst bekommt man einen Blick in das Massenhafte der Verheerungen, welche die ausgetretenen Flüsse verursacht haben, und man schätzt für die Rhonegegenden allein den Verlust auf 250 Millionen Franken. Hier hört man von nichts als von Unterzeichnungen, Hilfleistungen u. s. w., und die Pariser wie überhaupt die Franzosen beweisen das regste Mitgefühl. Der gesetzgebende Körper hat 100,000 Franken gezeichnet, aber es kostete Mühe, die Einigung der Herren zu Stande zu bringen.

Der Kaiser wird heute Abends in Paris zurück erwartet. Er brachte die Nacht in Chateau Renaud zu, wo er dasselbe Zimmer im Hotel des Deux Ecu bewohnte, das sein Oheim im Jahre 1804

\* Neverding ins Garde-Kürassier-Regiment versetzt.

inne hatte. Der Wirth hat deshalb sei em Hotel den Namen Les Deux Empereurs gegeben. Der Kaiser reiste heute Morgens um 7 Uhr nach Tours ab, wo er um 9 Uhr ankam; er begab sich sofort nach den Dämmen des linken Ufers, deren Durchbruch bekanntlich die ganze Stadt unter Wasser gesetzt hatte. Er durchfuhr hierauf die Straßen in einem Nachen und begab sich dann zu Pferde nach der Präfektur. Dort fand eine Konferenz statt, um über die Mittel zur Verhinderung der Wiederholung dieser Unglücksfälle zu berathen. Um 12 1/2 Uhr verließ der Kaiser Tours, um über Blois und Orleans nach Paris zurück zu kehren. Das Fallen der Rhone hält an. Die Straße nach Lyon ist ganz vom Wasser frei. Aus den Loire-Gegenden laufen die Nachrichten auch besser. Ein heftiger Nordwind wirkt sehr günstig. — Die Prinzen Jerome und Napoleon haben folgendes Schreiben an den Minister des Innern gerichtet:

Herr Minister! Wir senden Ihnen unsere Subskription, um das schreckliche Unglück in etwas zu lindern, das einen Theil unserer Mitbürger betrofen hat. Frankreich wird sich seiner würdig zeigen unter diesen traurigen Umständen, und es wird dem Beispiel folgen, das ihm Sr. Majestät der Kaiser gegeben, der zuerst Hilfe gebracht und Mut zusprochen hat. Schreiben Sie uns gesättigt für 15,000 Frs. ein; wir bedauern, daß es uns nicht gegeben ist, unsere lebhafte Sympathie für so vieles Unglück auf andere Weise zu bezeigen. Empfangen Sie rc.

Jerome Napoleon. Napoleon Bonaparte.

Bei Anwesenheit des Kaisers in Lyon stattete Graf Orloff, der durch die Wasser dort zurückgehalten wurde, dem Kaiser einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit bewies Graf Orloff wieder seine hohen Eigenschaften eines Höflings. „Sire“ — sagte er zum Kaiser — „je vous savais aimé de votre peuple, mais je vois aujourd'hui que cet amour va jusqu'à l'idolatrie.“ — Das gestern Abends spät vom Assisenhofe der Seine in dem Prozesse wegen der Veröffentlichung des Friedensvertrages gefallte Urteil lautet gegen Lejolivet auf 2 Jahre und gegen den Schriftsteller Bossard auf 15 Monate Gefängnis; Emard und Moner wurden freigesprochen. — Die Verurtheilung Lejolivets und Bossard's hat große Sensation erregt. Fast Federmann hatte eine Freisprechung für sicher gehalten. Die Geschworenen waren jedoch anderer Ansicht. Einen Formfehler, den der öffentliche Ankläger, Ostar de la Vallée, machte, ließ einer der Vertheidiger, Lachaud, von dem Tribunal konstatiren. Derselbe hatte nämlich während der Debatten eine Protestation der Arbeiter der kaiserl. Druckerei vorgelesen, ohne dieses Aktenstück der Vertheidigung mitzuhören und ohne vom Gerichtspräsidenten die Ermächtigung erlangt zu haben. Falls Lejolivet Appell einlegt, kommt diese Angelegenheit sofort vor den Kassationshof. — Zur Feier der Taufe des Kais. Prinzen werden auf der Esplanade der Invaliden und an der Barriere du Trône Volksbelustigungen stattfinden. — Nachricht. Der Kaiser ist heute Abends in Paris angekommen und sofort nach St. Cloud abgereist.

## Großbritannien.

[Parlaments-Verhandlungen vom 5. Juni.] Oberhaus-Sitzung. Der Marquis Clanricarde fragt, ob Lord Clarendon dem Hause die sardin. Noten vom 22. März und 16. April, so wie die darauf ertheilten Antworten vorlegen könne. Der Earl von Clarendon: Ich muß mich bei dem Hause entschuldigen, daß ich die erwähnten Noten nicht früher vorgelegt habe. Vielleicht legte ich denselben, da sie in den Zeitungen erschienen waren, nicht dieselbe Wichtigkeit bei, wie mein edler Freund zu thun scheint. Was die Antworten auf diese Noten betrifft, so kamen wir mit den französischen Vollmächtigen dahin über, daß, da die ganze Frage mündlich vollständig erörtert worden sei, die Übersendung einer schriftlichen Antwort nicht als nothwendig erscheine. Die Inhalte nach in der Bitte, daß die italienische Frage vor dem Kongreß gebracht werden möge, und die beste Antwort, welche wir darauf geben können, war die, daß wir das, was die sardinischen Bevollmächtigten von uns wissen, wirklich in Kongreß zur Sprache kamen. Die zweite Note erklärte, der Kongreß sei hinsichtlich der italienischen Frage zu keinem befriedigenden Schluß gelangt, und drang auf weiteres Handeln. Es war natürlich nothwendig, daß die sardinischen Bevollmächtigten irgend etwas Urfundliches aufzuweisen hatten, was im Stande war, den sardinischen Kammer und dem sardinischen Volke die Überzeugung zu verbringen, daß sie die Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand gelenkt hätten; da aber Graf Cavour hörte, man werde gewisse Schritte thun, um einige der von ihm erstrebten Zwecke zu verwirklichen, so schien es nicht nothwendig, eine schriftliche Antwort auf diese Note zu übersenden. Als ich jedoch nach England zurückgekehrt war, hörte ich, es würde der sardinische Regierung lieb sein, wenn sie die Ansichten der englischen Regierung über die Okkupation Italiens durch fremde Truppen schriftlich in Händen hätte und ich konnte nicht den geringsten Anstand nehmen, seitens der

mente vorzulegen. Viel Belehrung würde es aus denselben nicht schöpfen; doch, wie dem auch sein möge, schon wegen der darin enthaltenen Schilde rungen des Verkehrs an Ort und Stelle mit Personen, die von der russischen Regierung abhängig oder ihre Feinde sind, und die dadurch Unannehmlichkeiten ausgesetzt werden könnten, ist die Vorlegung derartiger Papiere nicht ratsam. — Sidney Herbert lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf den mangelhaften Zustand des militärischen Erziehungswesens in England und schlägt eine Reihe von Reformen vor, z. B. die Ernennung eines Offizier-Kollegiums, welches die Prüfungen der Offiziere, sowohl beim Eintritte in das Offizier-Korps, wie beim Avancement zu leiten habe, ferner für jeden Offizier, welcher in den Staat wolle, die Einführung der Verpflichtung, die Stabschule durchgemacht zu haben, ein Jahr bei der Infanterie und eben so lange bei der Kavallerie und Artillerie. — Lord Palmerston räumt ein, daß das gegenwärtige System sich verbessern lasse und verspricht die von Herbert berührten Detail-Fragen in die sorgfältigste Erwagung zu ziehen. Wichtig sei es jedenfalls, bei der Herabordnung des zukünftigen Offiziers sein Haupt-Augenmerk auf die eigentlichen militärischen Fachkenntnisse zu richten und nicht dem Streben nach allgemeiner Bildung allzu viel Rechnung zu tragen. Was dem Offizier am meisten Noth thue, sei der Besitz jener Eigen schaften, die er konstitutionelle nennen möchte, und für welche kein Rahmen einen Maßstab abgeben könne. Dahin rechne er Fertigkeit, Entschiedenheit, raschen Entschluß in plötzlich eintretenden Fällen u. s. w. Das Haus könne sich darauf verlassen, daß die Regierung sich nach Kräften bestreben werde, so schnell wie es angehe, Schritte zu thun, um das Heer-System möglichst zu vervollkommen. — Im Subsidien-Komitee werden hierauf verschiedene Positionen für den Civildienst votiert.

[Overhaus-Sitzung vom 6.] Auf der Tagesordnung steht die 3. Lesung der die Appellations-Gerichtsbarkeit des Hauses betreffenden Bill. Der Marquis von Clanricarde behauptet, es liege hier ein Compromiß vor in Bezug auf eine Sache, bei welcher von einem Compromiß gar nicht die Rede sein dürfe. Die Bill befürwortet offenbar das Recht der Krone, Peerswürden auf Lebenszeit zu schaffen, und besoldet zum erstenmale Peers für die Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten. Wenn man sich zu letzterem Prinzip bekenne, so werde das Ansehen des Hauses sinken. Lord Granville stellt in Abrede, daß eine Neuerung darin liege, wenn man den Deputy-speakers für die Ausübung bestimmter Pflichten ein Gehalt zuerkenne. Werde doch auch der Lordkanzler, so wie der Präsident der Ausschüsse im Oberhause und der Sprecher des Unterhauses für parlamentarische Funktionen von der höchsten Wichtigkeit bezahlt. Bei der Abstimmung wird die Bill mit 44 gegen 4 Stimmen zur dritten Lesung zugelassen und geht durch.

[Unterhaus-Sitzung.] Sir G. Bulwer Lytton: Das Haus wird sich erinnern, daß ich einen Central-Amerika betreffenden Antrag vertrage in Erwartung der Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten auf den von Ihrer Maj. Regierung gemachten Vorschlag, die Sache einem Schiedsgerichte zu überweisen. Seitdem haben sich ernste Ereignisse zuge tragen, und obgleich ich bei dem Nichtvorhandensein amtlicher Mitteilungen gern glauben möchte, daß unser Gesandter nicht aus Washington ausgewiesen worden sei, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Regierung, deren Vertreter und Diktator General Walker ist, anerkannt, und daß General Walker schon früher das Mosquito-Gebiet, zu dessen Vertheidigung gegen auswärtige Angriffe unserer Regierung sich für verpflichtet erachtet, durch ein Edict dem Gebiete von Nicaragua einverlebt hat. Ich vernehme ferner aus guter Quelle, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ein Kriegsschiff nach Greytown gesandt hat, höchstens zwar nur zu Beobachtungszwecken und keineswegs, um die Abenteurer zu unterstützen, welche seit der Anerkennung des Generals Walker ohne Zweifel zu Hunderten und Tausenden zu seiner Fahne strömen werden, um ihm bei der von ihm angedrohten Invasion des Mosquito-Gebietes beizustehen. Unter diesen Umständen möchte ich in Abtracht der schweren Verantwortlichkeit, die auf den Regierungen zweier Nationen lastet, welche mit Ausnahme des Verlustes der Ehre kein größeres Ubel treffen könnte, als wenn sie mit einander in Krieg gerieten, soweit es in meinen Kräften steht, jede Diskussion vermeiden, die als vertrüdt oder indiskret erscheinen und die schon vorhandenen Elemente einer gereizten Stimmung noch vermehren könnte.

Sir G. Bulwer Lytton: Ich sehe mich außer Stande, eine bestimmte Antwort auf die Frage zu ertheilen, was für Schritte in den letzten Wochen gethan worden sind, um von der amerikanischen Regierung eine Antwort auf den Vorschlag der englischen Regierung zu erlangen, die central-amerikanische Frage einem Schiedsgerichte zu überweisen. So viel aber kann ich sagen, daß die amerikanische Regierung vollständig davon in Kenntnis gesetzt worden ist, daß wir eine schiedsrichterliche Schlichtung empfehlenden Vorschlag gemacht und nachdrücklich befürwortet haben, damit sie ihn, je nachdem es ihr am besten scheint, annehme oder ablehne. Meines Wissens hat mein an der Spitze des auswärtigen Departements stehender edler Freund es in der erwähnten kurzen Zeit nicht für nötig erachtet, mit Bezug auf jenen Gegenstand auf eine besondere Antwort zu dringen, da eine andere Frage von mehr praktischer Bedeutung zwischen beiden Regierungen in der Schwere war. Ich nehe keine Anstand, zu erklären, daß ich es bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge im Interesse des Landes und im Interesse des dauernden Fortbestandes unserer freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten als wünschenswert betrachte, wenn das Haus auch in Zukunft in Bezug auf diese Fragen jene weise Entschlaflichkeit an den Tag legt, die es bisher bewiesen hat. Meines Gracchats hat das Haus bei anderem Gelegenheiten ähnlicher Art, wo wichtig, mit dem letzten Kriege zusammenhängende Fragen in der Schwere waren, sowohl zu Anfang des Krieges, als während der Friedens-Unterhandlungen, sich in einer Weise benommen, die ihm zur größten Ehre gereicht, insofern es vermied, der Regierung durch eine vorzeitige Diskussion der streitigen Fragen irgendwie Verlegenheiten zu bereiten. Die gegenwärtig schwelenden Fragen sind allerdings sehr ernster Natur. Ich hege jedoch die aufrichtige und, so Gott will, auch begründete Hoffnung, daß keine Unterbrechung der friedlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern daraus entstehen wird. Wo kein Grund zu einem Zusammenstoß vorhanden ist, wird höchstens wohl auch der gesunde Sinn des Volkes auf beiden Seiten des Wassers jedes unnötigen Zusammentreff verhindern. Keinefalls aber könnten meiner Ansicht nach bei einer Diskussion in diesem Hause, in welcher sich widerstreitende Ansichten geltend machen würden, die zum Theil zu sehr nach der andern Seite neigten, nachtheilige Folgen ausbleiben. Da ich davon überzeugt bin, daß der ehrenwerthe Baronet, als er seine Frage stellte, meine gestrige Antwort im Sinne hatte, so will ich noch einmal darauf zurückkommen. Ich sagte gestern, wir hätten auf indirektem Wege die Nachricht erhalten, daß Herr Crampston Washington verlassen habe. Wie ich von meinem an der Spitze des auswärtigen Departements stehenden edlen Freunde höre, ist diese Nachricht mit einem Paketboote der Guanard-Linie, das Halifax am 22. Mai verlassen hatte, eingetroffen, aber durch die seitdem mit einem andern Schiffe eingelaufenen Post aus New-York vom 24. Mai nicht bestätigt worden. Wir sind deshalb nicht im Besitz irgend einer amtlichen Mitteilung über diesen Gegenstand. — Im Subsidien-Komitee werden hierauf mit 97 gegen 28 Stimmen 2000 Pfds. St. für die Stiftung einer historischen Portrait-Galerie bewilligt. Die Summe von 24,700 Pfds. St. hingegen zur Anlage einer neuen Straße von Pall-Mall nach Buckingham-Gate wird mit 192 gegen 70 Stimmen verweigert.

## Italien.

Turin, 5. Juni. Man versteht, der Ministerpräsident, Graf Cavour, werde von Neuem nach Paris reisen. In halbamtl. Kreisen sieht man die Lage in Abtracht der gegenwärtig von England in Malta vorgenommenen Rüstungen als sehr ernst an.

## Osmanisches Reich.

P. C. Jassy, 31. Mai. Heute Früh sind hier vier Soldaten des österreichischen Infanterie-Regiments Fürst von Warthau durch Erschießen hingerichtet worden. Dieselben hatten Anfangs dieses Jahres die Wohnung einer israelitischen Familie zu Roman in räuberischer Absicht überfallen und, da ihnen Widerstand geleistet wurde, drei Personen, den Hausherrn, dessen Ehefrau und ein Kind ermordet. Eine vierte Person entkam den Mörder und veranlaßte die Entdeckung der

Verbrecher. — Der moldauische Artillerie-Kapitän Philippesco, welcher beim Rückzuge der russischen Armee im Jahre 1854 verhaftet und mit nach Russland geführt worden war, weil er in einer Rede die Soldaten seiner Batterie aufgesfordert hatte, sich der ihnen angeklagten Einverleibung in die russische Armee zu widersetzen, ist gestern unerwartet hierher zurückgekehrt. Man war damals für das Schicksal des Herrn Philippesco hier sehr besorgt, indem man glaubte, er würde in Russland eine harte Behandlung zu erdulden haben, weil von ihm der Impuls zum späteren allgemeinen Widerstand der moldauischen Miliz gegen den Eintritt in russische Dienste ausgegangen war. Indessen lobt Herr Philippesco sehr die humane und großmütige Behandlung, welche ihm in Russland zu Theil geworden ist. Fürst Ghyska hat Herrn Philippesco zum Major ernannt und demselben ein Geldgeschenk von 800 Stück Dukaten gemacht.

## Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

### Amtliche Verordnungen und Bekanntmachungen.

Die Nr. 130 des Pr. St.-Anz. bringt:

- 1) Eine allgemeine Verfügung vom 22. Mai d. J., betreffend die Vollstreckung der von den Civilgerichten erkannten Strafen an Militärpersonen.
- 2) Das Erkenntnis des Königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 9. Februar d. J., wegen Nichtzulässigkeit des Rechtsweges bei Entschädigungs-Ansprüchen für ein aufgehobenes Zeitungs-Privilegium.

3) Einen Bescheid des Ministeriums des Innern vom 16. April d. J., wonach

dieselben Personen, welche ein Visa zur Reise nach Russland und dem Königreich Polen nachsuchen, auch gegenwärtig noch eine Bescheinigung ihres tadellosen politischen Verhaltens beizubringen haben.

4) Den Circular-Erlaß vom 21. Februar d. J., welcher bestimmt, daß vom Wirtschaftsjahr 1857 ab: 1. die Kläfer unbesuchter Eichenrinde vom Baumholze (Hochwald, Oberholz im Mittelwalde) mit 60 Kubikfuß, 2. die Kläfer besuchter Eichenrinde vom Baumholze mit 50 Kubikfuß, 3. die Kläfer Eichenrinde vom Unter- und Schlagholze (Spiegelrinde) mit 30 Kubikfuß in den Natural-Stats, in der Holziare, im Kontrollobuch, sowie in allen Rechnungen in Ansatz zu bringen sind.

5) Den Erlaß vom 14. März d. J., betreffend die Beschaffung des Vermühlols, der Wohnung und der Arbeitsleute für die Kommissarien und Feldmeister bei Auseinandersetzungen und die Niederschlagung der dadurch für unvermeidbare Geistliche und Schul-Institute entstehenden Kosten.

6) Den Circular-Erlaß vom 19. April d. J., betreffend die polizeiliche Behandlung der reisenden Handwerksgesellen und Handarbeiter.

Die Nr. 131 bringt:

1) Den alljährlichsten Erlaß vom 12. Mai d. J., betreffend die Verleihung der fiskalischen Borechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chauffe von Moresleben über Behndorf und Schwanefeld bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Walbeck.

2) Die Bekanntmachung vom 1. Juni d. J., betreffend die unter dem 21. Mai d. J. erfolgte allerhöchste Genehmigung zur Erhöhung des Grundkapitals des „Hölder-Bergwerks- und Hüttens-Vereins“, so wie die allerhöchste Bestätigung der Abänderungen und Ergänzung des Vereinstatuts.

3) Ein Erkenntnis des Königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 5. April d. J., betreffend die Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Königl. Regierung bezüglich auf die den städtischen Polizeibeamten zu gewährende Befolzung.

4) Einen Circular-Erlaß vom 18. April, betreffend die Verbindung von Leihkassen mit den städtischen und Kreis-Sparkassen. Es heißt darin:

„Die Bedeutung der Sparkassen ist eine zwiefache. Sind sie auf der einen Seite dazu berufen, die Sparsamkeit zu fordern, und hierdurch Sittenlichkeit und konservativen Sinn hervorzurufen, so haben sie auf der anderen Seite die nicht minder wichtige Aufgabe, Errungen zu erhalten, welche sonst, wenn nicht geradehain zerstört, doch wesentlich gefährdet werden möchten. Die Leihkasse, welche mit jeder Sparkasse nothwendig verbunden sein muß — § 5 des Reglements vom 12. Dezember 1838 — ist es, welche diese letztere Aufgabe zu lösen hat, und je mehr die Sparkassenverwaltung vor der Wichtigkeit dieses Berufes durchdrungen ist, um so wohltätig wird sie nicht blos in ihrem, sondern auch im Interesse des Kommunalbezirktes und des Armenwesens wirken. Sie wird hierbei vorzugsweise die Verhältnisse der arbeitenden Klasse überhaupt, und namentlich die der kleineren Handwerker ins Auge zu fassen, und sich zu vergewissern haben, daß bei diesen Unglücksfällen nicht selten zum völligen Stein führen, wenn nicht schleunig und in entsprechender Weise geholfen wird. Handelt es sich hierbei auch meist nur um an sich geringe Summen, so sind doch diese Beträge für die in Nede stehenden Personen nicht unbedeutend, und auf der andern Seite wird es ihnen, wenn nicht unmöglich, doch schwer, diese von Privatpersonen zu erlangen. Die Sparkassen sind es, welche hierdurch eintreten können und müssen, und die meisten Statuten der Kreis-Sparkassen haben, um diese Aufgabe zu erfüllen, deshalb auch die Bestimmung aufgenommen, daß Darlehen aus denselben auch gewährt werden können, ohne Pfand, wenn nur für den eigentlichen Schuldner durch solide und zuverlässige Personen für Kapital, Zinsen und Kosten Bürgschaft geleistet wird. Gefahren sind hieraus bisher nicht entstanden, sie können auch füglich nicht entstehen, da die Bürgschaft von an sich sicheren Männern in allen Beziehungen ausreicht, dieselben von vornherein zu befeitigen. Soll aber die volle Wirkung dieser Einrichtung sich gelten machen, so wird sie nach zwei Seiten hin zu erweitern sein. zunächst wird zur Ermächtigung der Schuldner die Möglichkeit gewährt werden müssen, die empfangenen Darlehen in Ratenzahlungen oder durch Amortisation zurückzuzahlen zu können. Es gewinnen hierdurch beide Theile. Die Sparkasse wird in ihrer Sicherheit verstärkt, und demjenigen, der des Darlehns bedarf ist, wird wesentlich geholfen. Es wird ihm leichter, seiner Verpflichtung sich zu entledigen, und er kommt auch eher in die Lage, die Bürgschaft, deren er bedarf, zu beschaffen. Die Statuten, welche Darlehen dieser Art gegen bloße Schuldcheine und gegen Bestellung von Bürgen für zulässig erklären, bedürfen zur Einführung dieser Maßregel der formellen Änderung nicht; es genügt vielmehr, wenn dieser Verwaltungs-Modus von den Vertretern der Kreise oder Kommunen genehmigt und von den Regierungen bestätigt wird. Dann aber kommen die städtischen Sparkassen in Betracht. Bei den Statuten derselben fehlt meist die Bestimmung, welche Darlehen dieser Art für zulässig erklärt, und doch machen gerade die Rückfichten, welche für diese Darlehen sprechen, vorzugsweise in den Städten sich geltend. Ich kann die Durchführung dieser Einrichtung nicht dringend genug empfehlen, und indem ich Ew. II. ergebnest ersuche, demgemäß die Königl. Regierungen, Landräthe und Magistrate aufzufordern, mit Eifer sich zur Förderung dieser Normen, ohne Angelegen sein zu lassen, bemerke ich, daß zur Gültigkeit dieser Normen, ohne Unterschied, ob es sich um städtische oder Kreis-Sparkassen handelt, die Königl. Sanktion nothig ist, und daß ich keinen Anstand nehmen werde, dieselbe zu erbitten.“

5) Den Erlaß vom 17. März d. J., betreffend die Wahrnehmung des Interesses der Domänen- und Forstverwaltung bei Ausführung von Aktien-Chauffen.

Die Nr. 132 bringt:

1) Das Reglement zu dem Gesetze über das Postwesen vom 27. Mai d. J.

2) Den Erlaß vom 30. April d. J., die Verhütung von Überhebung bei den Militär-Gnadengehältern und Wartegeldern betreffend.

3) Ein Erkenntnis des Königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 12. Januar 1856 — daß, wenn ein Beamter seine Lmtsbescheinigungen nicht im Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seines Verfahrens, sondern aus Irrthum überschreitet, um Demand widerrechtlich zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nothigen, sein Verfahren nicht zur gerichtlichen Verfolgung, sondern nur zur disziplinarischen Bestrafung geeignet ist.

Das 27. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 4420 den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag mit der Republik Merito. Bom 10. Juli 1855; ratifizirt am 31. Dezember 1855; unter

4421 den allerhöchsten Erlaß vom 30. April 1855, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts für den Bau der Oppeln-Tarnowischer Eisenbahn; und unter

4422 das Gesetz, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Kreuz über Landsberg a. W. und Küstrin nach Frankfurt a. O. und einer Eisenbahn von Saargruben einerseits nach Trier and andererseits bis zur grossherz. luxemburgischen Grenze bei Wasserbillig in der Richtung auf die Stadt Luxemburg. Bom 7. Mai 1856.

**Gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungs-Nachrichten &c.**

= [Zahlung der Meilengelder an Landwehrmannschaften betreffend.] Nach dem Reglement über Verpflegung der Rekruten und Reservisten &c. vom 5. Oktober 1854 erhalten die Landwehrleute des Beurlaubtenstandes bei außerordentlichen Zusammenziehungen und bei einer Mobilmachung entweder das zuständige Meilengeld für den Marsch aus der Heimat zum Bataillons-Stabsquartier nach den Sägen der §§ 17 bis 22 des genannten Reglements, oder die Marsch-Kompetenz, wenn die Einberufenen, ohne das Bataillons-Stabsquartier zu berühren, direkt zu einem Liniens-Truppenheil gesendet werden, nach § 38 des qu. Reglements von den Gemeinden, resp. Steuerempfängern, vorschussweise ausgezahlt.

— Dagegen werden die Meilengelder, welche den zur Übung einberufenen Landwehrleuten zustehen, laut § 205 und § 297 pos. 7a, des Reglements über die Geldverpflegung der Truppen im Frieden vom 7. April 1853, bei deren Eintreffen im Bataillons-Stabsquartier gezahlt.

Bei einer Mobilmachung kann über den Zweck der Einberufung keine Unwissenheit obwalten, wohl aber sind aus dem Umstände, daß die Gemeinden, resp. Steuerempfänger, nicht wissen können, ob ein beurlaubter Landwehrmann zu einem außerordentlichen Zweck, oder nur zur Übung einberufen ist, Zweifel darüber entstanden, ob der Eingezeichnete die Meilengelder vor-

schussweise, oder erst im Bataillons-Stabsquartier zu erhalten habe.

Zur Beseitigung dieser Zweifel sind die königlichen Landwehr-Bataillone veranlaßt worden, künftig auf den Einberufung-Ordes (erkl. bei einer Mobilmachung, bei welcher sich die vorschussweise Zahlung der Meilengelder von selbst verkehrt) zu bemerkten;

„verhält das zuständige Meilengeld, resp. die Marschkompetenz, vor-

schussweise,“

„erhält das zuständige Meilengeld im Stabsquartier.“

Die königlichen Landrats-Amtier sind von dieser Anordnung zur Mitteilung an die Kommunen in Kenntniß gesetzt worden.

[Verhaftung der Kommunen für die Gewerbe-Steuer.] Aus der Bestimmung der §§ 34 u. 36 des Gewerbe-Steuer-Edikts vom 30. Mai 1820, welche die Kommunalbehörden zur Erhebung der Gewerbe-Steuer verpflichten, und den Kommunen für Ermittlung, Vertheilung und Erhebung der Gewerbe-Steuer den 25. Theil der Einnahme zugestehen, wird in dem Urteil des Ober-Tribunals vom 12. Febr. 1856 gefolgt, daß die Gemeinden zur Erhebung dieser Steuern im Interesse des Staates verpflichtet sind, dem Staate demnach gegenüber als die Erhebung-Behörden dastehen, und daß es ihre Sache sei, zum Zwecke der Erhebung einen Erheber zu bestellen, dessen Handlungen (mithin also auch Defekte) sie dem Staate gegenüber zu vertreten haben. Eine Bestätigung für diese Ansicht wird darin gefunden, daß die für die westlichen Provinzen Karls-Ordre vom 6. Febr. 1841 (Gesetz-Sammlung 1841 S. 29), welche die dortigen Kommunen von dieser Erhebung der Steuer entbindet, sie in Folge dessen ausdrücklich von der Bestellung und Vertretung der Orts-Erheber befreit. (Staats-Anzeiger 1856 S. 95.)

Breslau, 10. Juni. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Alte-Zaschenstraße Nr. 15 13 Flaschen Rothwein, Werth 6½ Thlr.; einem Herrn, während seines Verweilens in einem Refektoriolum am großen Markt, ein Portemonnaie mit 85 Thlr., bestehend in einem Kassenschein zu 25 Thlr., 4 Kassencheine zu 10 Thlr., ein Kassenchein zu 5 Thlr. und 2 Coupons; Ring Nr. 3 18 Pf. Schafwolle; Karlsruhe Nr. 37 zwei messingene Thürgriffe durch gewaltsames Abbrennen derselben von einer Thür innerhalb des Hauses; Ring Nr. 3 eine Züge seine Schafwolle, gez. „Simsdorf, Volkshainer Kreis“, Werth 116 Thlr.

Muthmaslich gestohlen wurden: 2 Bilder mit Holzrahmen und 1 Stück Rohrisen, im Gewicht von 13½ Pf., welche Gegenstände polizeilich in Besitz genommen werden.

Gefunden wurde: ein kleiner leinener Beutel mit einer Scheere und einem Haarkamm.